

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 17/10800 –**

### **Energiewende sozial gestalten – Bezahlbare Strompreise gewährleisten**

#### **A. Problem**

Einführung einer Strompreisaufsicht und eines Sockeltarifmodells, Überführung von privaten Stromnetzen in öffentliche Hände, Abwrackprämie für veraltete Elektrogeräte und weitere Maßnahmen zur Gewährleistung bezahlbarer Strompreise.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Keine.

#### **E. Erfüllungsaufwand**

Keiner.

#### **F. Weitere Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/10800 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2012

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Dr. Georg Nüßlein**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/10800** wurde in der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. sieht in der Energieversorgung eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gehöre zur Daseinsvorsorge und müsse als soziales Recht durch geeignete Regelungen verankert und jederzeit gewährleistet werden. Vor diesem Hintergrund müssten die Energiewende sozial ausgestaltet und insbesondere einkommensschwache Haushalte geschützt werden. In ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung unter anderem auf, eine staatliche Strompreisaufsicht einzuführen und dieser einen Verbraucherbeirat zur Seite zu stellen. Zudem solle ein Sockeltarifmodell geschaffen werden, das sozial gerecht sein und ökologische Anreize schaffen müsse. Bei einem solchen progressiven Modell solle jedem Privathaushalt ein an der Haushaltsgröße orientiertes kostenloses Grundkontingent an Strom zustehen. Der darüber hinausgehende Verbrauch solle steigenden Tarifen unterliegen. Ferner wird ein Verbot von Stromsperrern aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern gefordert. Zudem müsse eine Abwrackprämie für veraltete „Energiefresser“ eingeführt werden. Stromnetze in privatem Besitz müssten in öffentliche Hände überführt und demokratisch kontrolliert werden.

Berlin, den 28. November 2012

**Dr. Georg Nüßlein**  
Berichtersteller

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/10800 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/10800 in seiner 82. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/10800 in seiner 85. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/10800 in seiner 86. Sitzung am 28. November 2012 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10800 zu empfehlen.

